

Pressemitteilung

13. Oktober 2015

Volle Energie in den Wohnungsbau

Stellungnahme der Wohnungsbaugenossenschaften

zu ihrem Rückzug aus dem Ausschreibungsverfahren für die Erstaufnahme

600 Menschen sollten in einem Flüchtlingsdorf auf dem Uni-Campus untergebracht werden. Geplant waren acht bis zehn hochwertige Wohngebäude, die nach fünf bis zehn Jahren als Studentenwohnheime genutzt werden sollten. Am 1. September 2016 – so der Wunsch der Planer im Kieler Innenministerium – sollten die ersten Bewohner einziehen. So zumindest stellte sich die Lage im Mai dieses Jahres dar, als sich Gewoba Nord (Schleswig), FAB und SBV (beide Flensburg) um den Bau dieser Einrichtung bewarben. Anfang Oktober gaben die drei Wohnungsbaugenossenschaften ihren Rückzug aus dem europaweit ausgeschriebenen Bewerbungsverfahren des Landes bekannt.

„Die Situation seit der Bewerbung hat sich stark verändert“, begründen SBV-Vorstand Jürgen Möller und FAB-Direktor Michael Kohnagel die Entscheidung. Allein die Zahl der Menschen, die untergebracht werden müssen, sei enorm gestiegen. Die zeitlichen Vorgaben stellten sich bald als unrealistisch heraus, und in Bezug auf Fördermittel für einen solchen Bau wuchsen die Unsicherheiten für die potentiellen Investoren. „Die Auflagen und Rahmenbedingungen haben sich dahingehend entwickelt, dass sie eine Umsetzung durch uns schwierig machen“, erklärt Dietmar Jonscher, Vorstand der Gewoba Nord. Inzwischen hat das Land selbst angekündigt, eine weit größere Erstaufnahme bauen zu wollen. Als Planungsgröße sind 750 bis 1000 Plätze im Gespräch.

Einen Rückzug aus der Verantwortung sieht das Flensburg-Schleswiger Genossenschaftskonsortium in seiner Entscheidung jedoch nicht – im Gegenteil. „Wir denken einen Schritt weiter und rücken den kurz- und mittelfristig steigenden Wohnungsbedarf in der Stadt in unseren Fokus“, erklärt SBV-Vorstand Möller. Daher wolle man jetzt zusätzlich in den Wohnungsbau investieren. „So unterstützen wir den dauerhaften Verbleib der Menschen, die in Flensburg eine neue Heimat finden wollen“, ergänzt Kohnagel (FAB).

„Mit diesem Schritt tragen wir zum Erhalt eines attraktiven Wohnungsangebotes in Flensburg bei. Dabei haben wir selbstverständlich nicht nur die Flüchtlinge, sondern alle Flensburger und Neu-Flensburger im Blick“, stellt Möller abschließend klar. In welchem Umfang und wo weitere Wohnungen entstehen können, werde aktuell geprüft.